

VERTRAUEN IN DEN JOURNALISMUS STÄRKEN?

Bürgerparlamente als Instrument partizipativer Public Relations

TEXT: Jeffrey Wimmer*

1 Vertrauen als Beziehungsproblem

Journalismus ist auf Vertrauen angewiesen. Bürgerinnen und Bürger können meist nicht selbst prüfen, wie eine Redaktion recherchiert, welche Quellen sie berücksichtigt und warum bestimmte Informationen in einen Beitrag eingehen, andere dagegen nicht. Wer Nachrichten nutzt, akzeptiert daher einen Teil der journalistischen Selektions-, Prüfungs- und Darstellungsleistung, ohne sie vollständig nachvollziehen zu können. Vertrauen reduziert unter diesen Bedingungen Komplexität und ermöglicht Orientierung in einer gesellschaftlichen Umwelt, die sich der unmittelbaren Erfahrung weitgehend entzieht (vgl. Luhmann 2014).

Dieses Vertrauen kann weder vorausgesetzt noch pauschal vermessen werden. Es gründet auf einzelnen Nachrichten, journalistischen Marken, Redaktionen, bestimmten Journalistinnen und Journalisten oder auf Journalismus als gesellschaftlicher Institution. Kohring und Matthes (2007) unterscheiden Vertrauen in die Themenauswahl, die Auswahl von Fakten, die Richtigkeit von Darstellungen und journalistische Bewertungen.

Strömbäck et al. (2020) fassen Medienvertrauen deshalb als relationale Größe: Zu klären ist, wer wem in Bezug auf welche Leistung vertraut. Auch Skepsis führt nicht zwangsläufig zur Abwendung. Menschen können Nachrichtenangebote regelmäßig nutzen und ihnen zugleich misstrauisch begegnen (vgl. Tsfati/Cappella 2003).

Das tschechische Teilprojekt der europäischen MeDeMAP-Studie konkretisiert diese relationale Sicht empirisch. Auf der Grundlage von vier Fokusgruppen mit 38 Teilnehmenden fassen Šim-

ková und Wimmer (2026) Vertrauen und Misstrauen nicht als stabile Einstellungen, sondern als situierte Praxis. Ihr Modell diskursiv-materieller Vertrauensdynamiken verbindet individuelle Deutungen von Voreingenommenheit, politischem Einfluss oder institutioneller Legitimität mit strukturellen Bedingungen wie Eigentumskonzentration, ungleichen Kommunikationschancen und digitalen Infrastrukturen sowie mit demokratischen Alltagserfahrungen. Misstrauen verweist nicht zwangsläufig auf fehlende Kommunikation. Es kann auf materielle Organisations- und Medienstrukturen reagieren, die sich durch zusätzliche diskursive Erklärangebote allein nicht verändern lassen.

Für journalistische Organisationen stellt sich darauf aufbauend gegenwärtig eine zentrale Frage: Wie können sie mit Distanz, Kritik und begründetem Misstrauen umgehen? Transparenzinitiativen, Erklärformate und öffentliche Redaktionsgespräche machen journalistische Ar-

* Jeffrey Wimmer ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Augsburg.

beitsweisen sichtbar. Häufig bleiben sie allerdings von der Organisation her gedacht: Die Redaktion entscheidet, was sie erklären möchte, bestimmt Form und Thema des Austauschs und setzt dessen Grenzen.

Coleman (2012) beschreibt die Vertrauensproblematik daher auch als Störung der Beziehung zwischen Journalismus und Bürgerinnen und Bürgern. Die Publikumsurteile beziehen sich nicht allein auf die Richtigkeit einer Nachricht. Sie betreffen ebenso die Frage, ob Journalismus unterschiedliche Lebenswirklichkeiten kennt, gesellschaftliche Gruppen angemessen repräsentiert und sein Publikum als demokratische Öffentlichkeit ernst nimmt.

Vertrauen bezeichnet eine Erwartung, mit der sich Bürgerinnen und Bürger gegenüber journalistischen Akteuren oder Organisationen verletzlich machen. Vertrauenswürdigkeit betrifft die Gründe, aus denen eine solche Erwartung gerechtfertigt sein kann. Im Journalismus zählen dazu professionelle Sorgfalt, Unabhängigkeit, nachvollziehbare Korrekturen, Transparenz und ein ernsthafter Umgang mit Kritik.

Bei demokratischer Legitimität geht es hingegen darum, ob sich institutionelle Verfahren, Entscheidungen und Autoritätsansprüche öffentlich rechtfertigen lassen. Eine Organisation kann als professionell vertrauenswürdig gelten, ohne dass jedes Mitglied des Publikums ihr vertraut. Ebenso erzeugt ein Beteiligungsverfahren nicht schon durch seine Existenz demokratische Legitimität.

Diese Trennung schützt vor einem verkürzten Kommunikationsziel. Demokratische Gesellschaften brauchen keine Bürgerinnen und Bürger, die Medien oder anderen Institutionen vorbehaltlos vertrauen. Die EU-geförderte MeDeMAP-Studie zu Vertrauen in Medien und demokratische Institutionen betont, dass Misstrauen eine Form kritischer Bürgerschaft sein kann. Hohe Vertrauenswerte sind aber aus demokratischer Sicht nur dann positiv, wenn die betreffende Institution Vertrauen verdient (vgl. Kompasiaris et al. 2024, S. 7-11, 16). Das nor-

mative Ziel lautet daher nicht maximales, sondern ein begründetes Vertrauen in vertrauenswürdige Institutionen.

Für die Public Relations bedeutet das: Langfristige Beziehungen werden wichtiger als die bloße Steigerung von Vertrauenswerten. Broom, Casey und Ritchey (1997) haben vorgeschlagen, nicht allein Botschaften und Wirkungen, sondern die Beziehungen zwischen Organisationen und ihren Öffentlichkeiten zum Gegenstand der PR-Forschung zu machen.

In der dialogischen Theorie von Kent und Taylor (2002) verlangt Dialog mehr als einen Rückkanal. Ein Kommentarfeld oder eine Befragung schafft noch keine dialogische Beziehung. Erforderlich sind Offenheit, Gegenseitigkeit und die Bereitschaft, die jeweiligen Gegenüber als eigenständige Kommunikationspartnerinnen und -partner anzuerkennen.

Ähnliche Überlegungen finden sich in der Journalismusforschung. Lewis (2012) beschreibt Publikumsbeteiligung als Spannungsfeld zwischen Öffnung und professioneller Kontrolle. Mit dem Konzept des reciprocal journalism verbinden Lewis, Holton und Coddington (2014) Beteiligung mit wechselseitigen Verpflichtungen: Publika liefern nicht lediglich Aufmerksamkeit, Daten oder Kommentare – auch Redaktionen investieren in die Beziehung.

Wenzel (2020) zeigt mit ihrem Konzept des community-centered journalism, wie journalistisches Zuhören und die Einbindung in lokale Gemeinschaften Vertrauen berühren können. Weniger geklärt ist bislang, wie solche Austauschprozesse institutionell verankert werden können, wenn nicht einzelne Rückmeldungen, sondern begründete gesellschaftliche Erwartungen an Journalismus zur Sprache kommen sollen.

Im Folgenden wird aufgezeigt, inwieweit sich deliberative Beteiligungsverfahren für journalistische Organisationen nutzbar machen lassen. Bürgerparlamente werden dabei nicht als Instrument verstanden, das automatisch Vertrauen produziert. Sie können journalistischen Organisationen ermöglichen,

ihre Vertrauenswürdigkeit durch Dialog, Beteiligung und sichtbare Responsivität erfahrbar zu machen. Ob daraus tatsächlich höheres Vertrauen entsteht, bleibt eine jeweils spezifisch zu klärende empirische Frage.

2 Die Citizen Parliaments des EU-Projekts MeDeMAP

Bürgerparlamente sind eine Form deliberativer Mini-Publics. Eine vielfältig zusammengesetzte Gruppe gibt keine bloßen Spontanurteile ab, sondern erhält Zeit und Informationen, um ein komplexes Problem zu beraten. Fishkin (2009) verbindet damit den Anspruch, politische Gleichheit und informierte Urteilsbildung zusammenzuführen.

Die Verfahren unterscheiden sich in Auswahl, Mandat und Entscheidungsmacht. Gemeinsam ist ihnen der Versuch, günstigere Bedingungen für öffentliche Urteilsbildung herzustellen als in vielen alltäglichen Debatten (vgl. Grönlund/Bächtiger/Setälä 2014). Deliberation muss dabei nicht im Konsens enden. Konflikt, Dissens und unterschiedliche Ausdrucksformen gehören zu demokratischer Beratung, sofern Beteiligte ihre Positionen vorbringen und andere Argumente prüfen können (vgl. Curato et al. 2017).

Die OECD (2020) nennt eine klare Aufgabenstellung, transparente Auswahl, zugängliche Informationen, genügend Beratungszeit und unabhängige Moderation als wichtige Qualitätsmerkmale. Hinzu kommt die institutionelle Anbindung: Wer Menschen zu einem aufwendigen Verfahren einlädt, muss erklären, wie mit ihren Empfehlungen verfahren wird.

Auch die Legitimität von Mini-Publics ist nicht selbstverständlich. Lafont (2015) warnt davor, die Urteile einer kleinen deliberierenden Gruppe an die Stelle der breiteren Öffentlichkeit zu setzen. Demokratisches Potenzial entsteht vielmehr, wenn ein solches Forum öffentliche Meinungsbildung unterstützt, Gründe sichtbar macht und seine begrenzte Repräsentativität offenlegt. ➤

Einen konkreten Ausgangspunkt bietet das EU-Forschungsprojekt MeDeMAP – Mapping Media for Future Democracies. Das Projekt untersuchte von 2023 bis 2026 das Verhältnis von Medien und Demokratie aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Citizens' Parliaments on Media and Democracy waren nicht als Maßnahme zur Steigerung des Journalismustrauens angelegt. Ihr Ausgangspunkt war die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Reflexion über Mediensysteme, Repräsentation sowie Partizipation in und durch Medien.

Zwischen März und Mai 2025 wurden in Österreich, Tschechien, Irland und Slowenien vier Präsenzformate mit jeweils rund 20 Teilnehmenden durchgeführt (👉 **Foto unten**). Hinzu kam ein methodisches Online-Experiment in Deutschland. Auf der Grundlage eines gemeinsamen, an nationale Kontexte angepassten Designs durchliefen die Teilnehmenden Lern- und Beratungsphasen und verabschiedeten insgesamt 133 Resolutionen zu Medien und Demokratie (vgl. Monnot et al. 2025, S. 5ff.; Sedlaczek et al. 2026, S. 5, 191-194).



Tschechisches Citizens' Parliament im MeDeMAP-Projekt: vorbereiteter Beratungsraum. (Quelle: MeDeMAP-Projektmaterial)

MeDeMAP verbindet das Konzept der Bürgerparlamente mit Participatory Action Research. Die Teilnehmenden sollten Unterthemen priorisieren, Verfahrensregeln mitgestalten, Resolutionen entwickeln und nach den Sitzungen Zustimmung oder Dissens äußern. Vollstän-

dig offen war der Prozess nicht. Die drei Hauptthemen, die Zahl der Sitzungen und Teile des Abstimmungsverfahrens standen vorher fest.

Monnot et al. (2025, S. 100-101) benennen diese Spannung zwischen Projektvorgaben und weitreichender Beteiligung ausdrücklich. Für die Übertragung auf journalistische Organisationen ist diese Begrenzung aufschlussreich: Beteiligung kann einen gesetzten institutionellen Rahmen besitzen, muss aber transparent machen, welche Fragen verhandelbar sind und welche nicht.

Die Auswertung zeigt, dass die Bürgerparlamente über die Erarbeitung von Resolutionen hinaus Lern- und Reflexionsprozesse ermöglichten. Im tschechischen Citizens' Parliament wurde der wahrgenommene Vertrauensverlust unter anderem mit unzureichender regionaler und gesellschaftlicher Repräsentation, politischem Druck auf Medien und mangelnder Offenheit gegenüber Kritik verbunden. Teilnehmende berichteten zugleich, dass sie gelernt hätten, einander genauer zuzuhören, eigene Positionen verständlicher zu formulieren und die demokratischen Funktionen von Medien differenzierter zu beurteilen (👉

Foto unten).



Tschechisches Citizens' Parliament im MeDeMAP-Projekt: Arbeitsergebnis zu Formen gesellschaftlicher Beteiligung. (Quelle: MeDeMAP-Projektmaterial)

Dokumentiert werden allerdings auch Zeitdruck, voneinander abweichende Wissensstände und unterschiedlich starke Beteiligung. Die Ergebnisse des Forschungs-

projekts belegen daher weder einen reibungslosen deliberativen Prozess noch eine Steigerung des Journalismustrauens. Sie zeigen, unter welchen Bedingungen Bürgerinnen und Bürger begründete Erwartungen an Medien entwickeln und in gemeinsame Empfehlungen übersetzen können (vgl. Sedlaczek et al. 2026, S. 49-60).

3 Bürgerparlamente als partizipative Public Relations

Im Folgenden wird partizipative Public Relations nicht als feststehendes Verfahren verstanden, sondern als heuristisches Konzept zur Beschreibung organisationsbezogener Beteiligungsprozesse. Gemeint ist eine Kommunikationspraxis, die gesellschaftliche Perspektiven nicht erst nach abgeschlossenen Entscheidungen erhebt. Sie organisiert Verfahren, in denen Öffentlichkeiten an der Reflexion organisationaler Regeln, Routinen und Selbstbeschreibungen mitwirken. Für journalistische Organisationen liegt darin eine ungewöhnliche Form der kommunikativen Grenzarbeit: Sie öffnen ausgewählte institutionelle Fragen für Beratung, behalten aber die Verantwortung für professionelle Entscheidungen.

Geeignet sind Fragen, bei denen unterschiedliche normative Erwartungen aufeinandertreffen. Dazu gehören gesellschaftliche Repräsentation, der Umgang mit Fehlern und Kritik, lokale Präsenz, Transparenzregeln, Community-Beziehungen, Erwartungen an öffentlich finanzierte Medien oder der Einsatz generativer Künstlicher Intelligenz.

Nicht geeignet sind Abstimmungen über einzelne Recherchen, Quellen oder Veröffentlichungsentscheidungen. Ob eine investigative Geschichte erscheint, sollte journalistische Verantwortung bleiben. Ein Bürgerparlament kann weder Redaktion noch Aufsichtsgremium ersetzen.

Anders als klassische Publikumsforschung fragt Deliberation nicht nur nach Einstellungen, sondern nach deren Be-

gründungen. Audience Analytics zeigen, welche Texte gelesen, welche Videos angesehen oder welche Angebote abonniert werden. Standardisierte Befragungen erfassen Einstellungen zu Objektivität oder Ausgewogenheit. Beide Verfahren geben nur begrenzt Auskunft darüber, was Menschen unter diesen Begriffen verstehen, wie sie Zielkonflikte beurteilen und ob sie ihre Position nach der Auseinandersetzung mit Gegenargumenten verändern. Deliberation behandelt die erste Antwort nicht als abschließendes Urteil. Das gilt für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Journalistinnen und Journalisten, die mit Wahrnehmungen konfrontiert werden können, die in Nutzungsdaten und redaktionellen Routinen kaum vorkommen.

Für die PR-Praxis verändert das die eigene Rolle. Kommunikationsabteilungen sind in Medienorganisationen häufig für Reputation, Marke, Unternehmenskommunikation und Veranstaltungen zuständig. Bei einem Bürgerparlament kommt eine Form von organisiertem Zuhören hinzu. Die PR schafft den institutionellen Zugang, koordiniert Beteiligte und sorgt dafür, dass Argumente intern bearbeitet werden. Sie darf jedoch weder die Moderation kontrollieren noch Ergebnisse danach auswählen, ob sie sich positiv kommunizieren lassen. Ihre Leistung besteht in der Vermittlung zwischen öffentlicher Beratung und organisationaler Entscheidung.

MeDeMAP empfiehlt, regelmäßige öffentliche Foren, partizipative Redaktions-sitzungen und Medienräte mit Bürgerbeteiligung zu etablieren. Solche Strukturen sollen auf Medienagenden und öffentliche Rechenschaftsbeziehungen einwirken, ohne die redaktionelle Unabhängigkeit aufzuheben (vgl. Sedlacek et al. 2026, S. 193).

Ein solches Verfahren braucht ein glaubwürdiges Mandat. Vor Beginn muss feststehen, welche Frage offen beraten werden kann, wer später über Empfehlungen entscheidet und innerhalb welcher Frist eine Antwort erfolgt.

Ergebnisoffenheit bedeutet nicht, dass eine Organisation ohne Grenzen in ein

Verfahren geht. Sie bedeutet, dass innerhalb des veröffentlichten Rahmens kein erwünschtes Einstellungsziel vorgegeben ist. Die Beteiligten müssen Positionen entwickeln dürfen, die der redaktionellen Leitung widersprechen oder organisatorisch unbequem sind.

4 Praxisfenster: Ein Bürgerparlament zum Einsatz generativer KI

Ein öffentlich-rechtlicher Sender könnte Bürgerinnen und Bürger darüber beraten lassen, unter welchen Bedingungen der Einsatz generativer Künstlicher Intelligenz in journalistischen Angeboten transparent und verantwortbar erscheint. Beratbar wären etwa Kennzeichnung, Nachvollziehbarkeit, Fehlerkorrektur, der Umgang mit synthetischem Bildmaterial und Erwartungen an menschliche Kontrolle. Nicht zur Disposition sollten gesetzliche Vorgaben oder die Verantwortung der Redaktion für konkrete Beiträge stehen.

In Anlehnung an MeDeMAP könnte eine Gruppe von rund 20 Personen an mehreren Terminen zusammenkommen. Deren Zusammensetzung sollte unterschiedliche Altersgruppen, Bildungswege, Mediennutzungsweisen und gesellschaftliche Erfahrungen berücksichtigen. Ein solches Mini-Public spricht nicht für die gesamte Bevölkerung. Seine Stärke liegt darin, Perspektiven unter guten Beratungsbedingungen zusammenzuführen.

Auswahlkriterien, Rekrutierungswege und Aufwandsentschädigungen müssten veröffentlicht werden. Barrierefreiheit, Betreuungspflichten und digitale Zugänge sind keine organisatorischen Nebensachen, weil sie darüber entscheiden, wer überhaupt teilnehmen kann.

Die Informationsphase sollte nicht allein vom Sender gestaltet werden. Redaktionsmitglieder könnten Arbeitsweisen und bestehende Regeln erläutern. Hinzu kämen Medienforschende, Fachleute für KI und Medienrecht sowie Vertreterinnen und Vertreter gesellschaft-

licher Gruppen, die Risiken oder Ausschlüsse benennen.

Teilnehmende sollten Informationslücken markieren und zusätzliche Perspektiven anfordern können. Unabhängige Moderation schützt die Beratung davor, zu einer Fortbildung in eigener Sache oder einer konfrontativen Town Hall zu werden. Sie kann dafür sorgen, dass auch Personen zu Wort kommen, die öffentliche Debatten sonst selten prägen.

Am Ende könnten Empfehlungen und abweichende Positionen dokumentiert werden. Die redaktionelle und organisationale Leitung prüft anschließend, welche Vorschläge übernommen, weiter untersucht oder abgelehnt werden. Eine öffentliche Antwort erläutert für jeden zentralen Punkt die Zuständigkeit, den Bearbeitungsstand und die Begründung. Responsivität verlangt nicht die automatische Umsetzung aller Forderungen. Auch eine Ablehnung kann responsiv sein, wenn sie die vorgebrachten Argumente erkennbar verarbeitet und professionell begründet wird.

Eine solche Rückmeldung ist für die professionelle Glaubwürdigkeit bedeutsamer als die bloße Inszenierung von Nähe. Bürgerinnen und Bürger können erfahren, welche Gründe hinter journalistischen Regeln stehen. Die Organisation erfährt, welche Erklärungen überzeugen, welche blinden Flecken bestehen und wo ihre Selbstbeschreibung nicht mit öffentlicher Wahrnehmung übereinstimmt.

Ob Beteiligte danach mehr Vertrauen äußern, ist offen. Sie könnten journalistische Zwänge besser verstehen und zugleich kritischer urteilen. Ein demokratisch anspruchsvolles Verfahren muss auch dieses Ergebnis zulassen. Denn im Unterschied zu einer Vertrauenskampagne soll es vor allem die Qualität öffentlicher Urteilsbildung verbessern. Die Organisation stellt Informationen und Begründungen bereit, macht Kritik intern anschlussfähig und zeigt, wie sie damit umgeht. Vertrauenswürdigkeit zeigt sich dabei nicht in Selbstzuschreibungen, sondern im praktischen Umgang mit Kritik, Beteiligung und öffentlicher Rechenschaft. ➤

Vom Zuhören zum organisationalen Lernen

Zuhören ist noch kein organisationales Lernen. Macnamara (2016) zeigt, dass Organisationen häufig erhebliche Ressourcen für das Sprechen bereitstellen, während Strukturen für die Aufnahme, Analyse und Weiterleitung öffentlicher Stimmen schwach entwickelt bleiben.

Ein Beteiligungsformat wird dieses Problem nicht allein durch zusätzliche Kommunikation lösen. Es braucht Verfahren, die Gehörtes in Entscheidungsprozesse übersetzen.

Argyris und Schön (1978) unterscheiden organisationales Lernen, das bestehende Routinen verbessert, von Lernprozessen, die zugrunde liegende Annahmen und Regeln infrage stellen. Für eine Redaktion kann beides relevant sein. Eine Empfehlung könnte zu einer verständlicheren Kennzeichnung von KI-Inhalten führen. Grundsätzlicher wäre die Einsicht, dass die Organisation Transparenz bisher vor allem aus professioneller Sicht definiert und Fragen des Publikums zu wenig berücksichtigt hat. Erst wenn solche Beobachtungen Zuständigkeiten, Routinen oder Selbstverständnisse erreichen, wird aus Beteiligung organisationales Lernen.

Die PR übernimmt in diesem Prozess eine Listening- und Vermittlungsfunktion. Sie dokumentiert die Positionen, ordnet sie den verantwortlichen Bereichen zu, hält Bearbeitungsfristen nach und verhindert, dass unbequeme Befunde im internen Abstimmungsprozess verschwinden.

Sinnvoll ist eine öffentlich nachvollziehbare Antwortstruktur: Welche Empfehlung wird übernommen? Welche benötigt weitere Prüfung? Welche wird abgelehnt, und aus welchem Grund? Eine solche Dokumentation macht nicht jede Entscheidung konsensfähig, erhöht aber ihre Prüfbarkeit.

Auch die Erfolgsmessung muss dieser Logik folgen. Ein Bürgerparlament allein an steigenden Vertrauenswerten zu messen, würde Prozess und Wirkung verkürzen. Zunächst ist zu untersuchen, ob die

Beteiligten das Verfahren als fair und offen erleben, journalistische Abläufe besser verstehen und den Eindruck gewinnen, dass ihre Argumente gehört wurden. Davon getrennt sind wahrgenommene Transparenz, Responsivität und Glaubwürdigkeit zu erfassen. Vertrauen sowie Urteile über demokratische Legitimität bilden weitere, eigenständige Größen.

Für eine empirische Evaluation bieten sich Erhebungen vor dem Verfahren, unmittelbar danach und mit zeitlichem Abstand an. Qualitative Interviews können zeigen, warum sich Bewertungen verändern oder stabil bleiben. Ebenso wichtig ist die organisationale Seite: Welche Empfehlungen gelangten in Entscheidungsgremien? Welche Routinen wurden angepasst? Welche Konflikte blieben bestehen? Erst diese Verbindung von Publikums- und Organisationsperspektive erlaubt eine Aussage darüber, ob das Verfahren über ein kommunikatives Ereignis hinausging.

Die Wirkung auf die breitere Öffentlichkeit ist nochmals gesondert zu prüfen. Bürgerparlamente beziehen nur wenige Menschen ein und sind ressourcenintensiv. Für Medienorganisationen ist daher relevant, ob die Veröffentlichung der Beratung, der Empfehlungen und der organisationalen Antworten auch Nichtbeteiligten Orientierung bietet.

Lafonts Einwand gegen einen deliberativen Kurzschluss bleibt dabei zentral: Die kleine Gruppe darf nicht als Stellvertreterin einer homogenen Öffentlichkeit präsentiert werden. Ihr Beitrag besteht darin, Argumente und Konfliktlinien sichtbar zu machen, nicht darin, gesellschaftliche Zustimmung zu simulieren.

Weitere Risiken liegen in Selbstselektion, sozial ungleicher Teilnahme und strategischer Vereinnahmung. Menschen mit Zeit, Bildung und hoher politischer Selbstwirksamkeit sind leichter für mehrtägige Verfahren zu gewinnen. Aufwandsentschädigung, zugängliche Orte, Betreuung und gezielte Ansprache benachteiligter Gruppen mindern diese Verzerrungen, beseitigen sie aber nicht.

Auch kleine Redaktionen werden ein mehrtägiges Verfahren nach dem MeDe-MAP-Modell kaum ohne Partner finanzieren können. Für sie wären kürzere regionale Foren oder Kooperationen mit Hochschulen, Volkshochschulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen denkbar. Damit die deliberative Qualität erhalten bleibt, genügt eine klassische Publikumsveranstaltung mit offenen Wortmeldungen nicht.

Ein Bürgerparlament sollte Teil einer längerfristigen Dialogstruktur sein. Monnot et al. (2026, S. 21-23) empfehlen, die Umsetzung der Empfehlungen nachzuverfolgen, Rückmeldungen von Teilnehmenden, Stakeholdern und Entscheidungsträgern zur Weiterentwicklung des Verfahrens zu nutzen und deliberative Foren als Bestandteil einer kontinuierlichen Rückkopplung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen zu verstehen.

Ombudsstellen, Community-Arbeit, öffentliche Redaktionsgespräche und regelmäßige Berichte über den Umgang mit Kritik können daran anschließen. Glaubwürdig wird das Verfahren, wenn die Organisation erreichbar bleibt und auch Monate später zeigen kann, was sie gelernt, verändert oder begründet verworfen hat.

Bürgerparlamente werden strukturelle Vertrauensprobleme des Journalismus nicht lösen. Medienkonzentration, ökonomische Abhängigkeiten, journalistische Fehler oder mangelnde gesellschaftliche Repräsentation lassen sich nicht kommunikativ kompensieren. Wo Misstrauen auf solche Strukturen reagiert, müssen diese Strukturen bearbeitet werden. Partizipative Public Relations kann Foren schaffen, in denen journalistische Organisationen erklären, zuhören und auf Kritik sichtbar reagieren. Ob daraus Vertrauen entsteht, entscheiden die Bürgerinnen und Bürger.

Literatur

- Argyris, Chris/Schön, Donald A. (1978): *Organizational Learning: A Theory of Action Perspective*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Broom, Glen M./Casey, Shawna/Ritchey, James (1997): Toward a Concept and Theory of Organization-Public Relationships. In: *Journal of Public Relations Research*, Jg. 9, Nr. 2, S. 83-98. https://doi.org/10.1207/s1532754xjpr0902_01
- Coleman, Stephen (2012): Believing the news: From sinking trust to atrophied efficacy. In: *European Journal of Communication*, Jg. 27, Nr. 1, S. 35-45. <https://doi.org/10.1177/0267323112438806>
- Curato, Nicole/Dryzek, John S./Ercan, Selen A./Hendriks, Carolyn M./Niemeyer, Simon (2017): Twelve Key Findings in Deliberative Democracy Research. In: *Daedalus*, Jg. 146, Nr. 3, S. 28-38. https://doi.org/10.1162/DAED_a_00444
- Fishkin, James S. (2009): *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford: Oxford University Press.
- Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hrsg.) (2014): *Deliberative Mini-Publics: Involving Citizens in the Democratic Process*. Colchester: ECPR Press.
- Kent, Michael L./Taylor, Maureen (2002): Toward a dialogic theory of public relations. In: *Public Relations Review*, Jg. 28, Nr. 1, S. 21-37. [https://doi.org/10.1016/S0363-8111\(02\)00108-X](https://doi.org/10.1016/S0363-8111(02)00108-X)
- Kohring, Matthias/Matthes, Jörg (2007): Trust in News Media: Development and Validation of a Multidimensional Scale. In: *Communication Research*, Jg. 34, Nr. 2, S. 231-252. <https://doi.org/10.1177/0093650206298071>
- Kompatsiaris, Panos/Cannizzaro, Sara/Miconi, Andrea/Barile, Nello (2024): Report on trust in media and democratic institutions in Europe. MeDeMAP Deliverable 5.2. Mapping Media for Future Democracies. URL: <https://www.medemap.eu/wp-content/uploads/2025/05/MeDeMAP-Deliverable-5.2.pdf> [zuletzt abgerufen am 19.08.2026].
- Lafont, Cristina (2015): Deliberation, Participation, and Democratic Legitimacy: Should Deliberative Mini-publics Shape Public Policy? In: *Journal of Political Philosophy*, Jg. 23, Nr. 1, S. 40-63. <https://doi.org/10.1111/jopp.12031>
- Lewis, Seth C. (2012): The Tension Between Professional Control and Open Participation: Journalism and Its Boundaries. In: *Information, Communication & Society*, Jg. 15, Nr. 6, S. 836-866. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2012.674150>
- Lewis, Seth C./Holton, Avery E./Coddington, Mark (2014): Reciprocal Journalism: A Concept of Mutual Exchange Between Journalists and Audiences. In: *Journalism Practice*, Jg. 8, Nr. 2, S. 229-241. <https://doi.org/10.1080/17512786.2013.859840>
- Luhmann, Niklas (2014): *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. 5. Aufl. Stuttgart: UTB.
- Macnamara, Jim (2016): *Organizational Listening: The Missing Essential in Public Communication*. New York: Peter Lang.
- Monnot, Laurence/Sedlaczek, Andrea/Peissl, Helmut/Carpentier, Nico/Doudaki, Vaia/Seethaler, Josef/Day, Rosemary/Petković, Brankica (2025): Design of Citizens' Parliaments. MeDeMAP Deliverable 6.2. Mapping Media for Future Democracies. https://www.medemap.eu/wp-content/uploads/2025/05/MeDeMAP-Deliverable-6.2_V1.0.pdf [zuletzt abgerufen am 19.08.2026].
- Monnot, Laurence/Peissl, Helmut/Sedlaczek, Andrea (2026): Leaflets and Online Guidance on Participatory Media Practices. MeDeMAP Deliverable 6.5, Version 1.1. Mapping Media for Future Democracies. https://www.medemap.eu/wp-content/uploads/2026/04/MeDeMAP-Deliverable-6.5_V1.1.pdf [zuletzt abgerufen am 19.08.2026].
- OECD (2020): *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave*. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/339306da-en>
- Sedlaczek, Andrea/Peissl, Helmut/Martin, Andreas/Doudaki, Vaia/Hroch, Miloš/Šanda, Štěpán/Monnot, Laurence/Cush, Kathy/Day, Rosemary/McInerney, Jude/Šramel Čebular, Lori/Turnšek, Tjaša/Petković, Brankica (2026): Report: Future Roadmap for European Media and Democracy. MeDeMAP Deliverable 6.4. Mapping Media for Future Democracies. https://www.medemap.eu/wp-content/uploads/2026/03/MeDeMAP-Deliverable-6.4_V1.1.pdf [zuletzt abgerufen am 19.08.2026].
- Šimková, Karolína/Wimmer, Jeffrey (2026): Assemblages of Trust: A Discursive-Material Analysis of Czech Citizens' Perceptions of Media and Democracy. In: *ESSACHESS – Journal for Communication Studies*, Jg. 19, Nr. 1(37), S. 107-130. <https://doi.org/10.21409/V4F9-1317>
- Strömbäck, Jesper/Tsfati, Yariv/Boomgaarden, Hajo/Damstra, Alyt/Lindgren, Elina/Vliegenthart, Rens/Lindholm, Torun (2020): News Media Trust and Its Impact on Media Use: Toward a Framework for Future Research. In: *Annals of the International Communication Association*, Jg. 44, Nr. 2, S. 139-156. <https://doi.org/10.1080/23808985.2020.1755338>
- Tsfati, Yariv/Cappella, Joseph N. (2003): Do People Watch what they Do Not Trust?: Exploring the Association between News Media Skepticism and Exposure. In: *Communication Research*, Jg. 30, Nr. 5, S. 504-529. <https://doi.org/10.1177/0093650203253371>
- Wenzel, Andrea (2020): *Community-Centered Journalism: Engaging People, Exploring Solutions, and Building Trust*. Urbana: University of Illinois Press. <https://doi.org/10.5622/illinois/9780252043307.001.0001>

Quelle: prmagazin Jg. 56, Nr. 09, S. E1-E6
E-Paper @ www.prmagazin.de
© 2026 Medienhaus Rommerskirchen GmbH
Mainzer Str. 16-18, 53424 Remagen-Rolandseck

**Download des Beitrags
als PDF:**

via QR-Code oder unter
<https://prmagazin.de/TuP-09-2026>

